

Bomben nein - wir gehen rein

Die Unterzeichnenden erklären:

Wenn die Bundeswehr das Gelände in Betrieb nimmt, werden wir auf den Platz gehen, um die Einsätze durch unsere Anwesenheit zu behindern, damit

- keine weitere Vorbereitung von Angriffskriegen auf dem Gelände des ehemaligen Bombodroms stattfinden kann,
- die Bevölkerung rund um das Gelände und in den Einfluggebieten nicht die Fortsetzung von 40 Jahren Luftkriegsübungen erleiden muss,
- das Unrecht aus der Ära Stalins nicht in bundesdeutsches Recht umdefiniert wird,
- die Natur in der Region nicht noch mehr verseucht und zerstört wird,
- die Steuermittel produktiven und sozialen Zwecken dienen können und
- die Kyritz-Ruppiner Heide endlich wieder zivil genutzt wird.

Die Unterzeichnenden sind einverstanden, dass ihre Namen und Wohnorte zusammen mit der oben abgedruckten Erklärung „Bomben nein – wir gehen rein!“ veröffentlicht werden, wenn es insgesamt mindestens 100 Unterschriften sind.

Name	Adresse	Tel./email	Spende	Unterschrift

Unterschriebene Erklärungen bitte an:

Kampagnenbüro Bomben nein - Wir gehen rein
Rudolf-Breitscheid-Str.38, 16816 Neuruppin,
Tel./Fax: 03391 4549560, Mobil: 0160/93820874
email: gert.strohschneider@freieheide.org

Spendenkonto:

Gert Strohschneider, Postbank Leipzig
BLZ 86010090, Kto.888603903, , Stichwort „Bomben nein“

Kein Bombodrom –

nicht hier und nirgendwo!

Seit 14 Jahren verhindert der Widerstand in der FRElen HEIDe die Inbetriebnahme des ehemaligen sowjetischen Bombodroms durch die Bundeswehr. Das 80 km nördlich von Berlin gelegene Gelände wäre mit 142 qkm der größte Luft-Boden-Schießplatz Europas.



www.freieheide-nb.de/bombennein.html

Die Vorbereitung von Angriffskriegen

Luftwaffenverbände der NATO und der zukünftigen EU-Eingreiftruppen sollen dort ihre weltweiten Interventionseinsätze üben. Im Unterschied zu anderen deutschen Übungsplätzen könnten hier alle Arten von Einsätzen geübt werden: Abwürfe mit zielsuchenden Bomben aus Höhen bis zu 4000 m Höhe, Rollenspiele mit Luftabwehrkräften und Bodentruppen, Atombombenabwürfe, Einsätze der Uranmunition verschießenden A10 und andere.

Der Übungsplatz passt genau in das Konzept der Bundeswehr, in größerem Umfang als bisher internationale militärische Übungen, so genannte Hochwertübungen, in Deutschland abzuhalten. Die Bundesregierung hat ein zentrales politisches Interesse an der Einrichtung dieses Truppenübungsplatzes, da sie durch ihn ihre militärische Rolle bei "Missionen" verstärken kann, wie es dem Artikel I-41 (6) der "EU-Verfassung" entspricht.

... und die Bedrohung eine Region

Die betroffene Bevölkerung in der Kyritz-Ruppiner Heide kennt die Auswirkungen des Übungsplatzes, da sie nach den Zwangsenteignungen in den 1950er Jahren 40 Jahre lang Kriegsübungen vor der Haustür zu ertragen hatte. Nun soll ihr die stalinistische Enteignung als bundesdeutsches Recht zugemutet werden, legalisiert durch das Bundesverwaltungsgericht unter Berufung auf den oktroyierten "Einigungsvertrag". Die Bevölkerung kämpft für ihr Recht und gegen die Vorbereitung von Angriffskriegen mit juristischen und politischen Mitteln. Gemeinden und Privatpersonen klagen über alle Instanzen, an den regelmäßigen Demonstrationen nehmen bis zu 10 000 Menschen teil. Konzepte für eine zivile Nutzung werden entwickelt. Auch lokale PolitikerInnen und UnternehmerInnen unterstützen zunehmend diese Bürgerbewegung, nicht zuletzt weil der Luftkrieg die begonnene wirtschaftliche Entwicklung dieser touristisch ausgerichteten Wald- und Seenregion bedroht.

Die möglichen Auswirkungen des Übungsplatzes infolge von Fluglärm, Fehlabwürfen und Abstürzen, aber auch durch die Belastung mit Flugzeugabgasen und Zündstoffen, möglicherweise sogar

durch Unfälle mit Uranmunition, können derzeit nur erahnt werden. Die Bundeswehr macht trotz gerichtlicher Auflagen den anliegenden Gemeinden nur unzureichende Planungsunterlagen zugänglich.

Trotz des breiten Protests der Bevölkerung und ihrer UnterstützerInnen aus der ganzen Bundesrepublik ist damit zu rechnen, dass das Bundesverteidigungsministerium sich letztendlich juristisch durchsetzen können und das Bombodrom in Betrieb nimmt. Die wesentlichen bautechnischen Vorbereitungen sind bereits abgeschlossen.

Breiter Widerstand ist nötig

Was bleibt zu tun, wenn der Verteidigungsminister wieder einmal "sofortigen Vollzug" anordnet? Seit dem Sommer 2004 unterzeichneten mehr als 1500 Personen die folgende Erklärung, mit der sie sich verpflichten, weiteren Widerstand zu leisten, wenn die militärischen Übungen beginnen. ("Bomben Nein wir gehen rein") Die meisten UnterzeichnerInnen leben in der Region, sie brauchen aber die Unterstützung aus dem gesamten Land, dessen Wohl und Wehe auch hier geschmiedet wird. Die Erklärung haben die TeilnehmerInnen der Sommeraktionstage 2004 initiiert. Die Liste der Namen und Wohnorte der bisherigen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ist in der lokalen Presse und auch im Internet (www.freieheide-nb.de/bombennein.html) veröffentlicht worden. Wir rufen hiermit auch zu Spenden für diese Kampagne auf, da die ersten Prozesskostenhilfen nötig geworden sind. Solidarische Hilfe macht Risiken erträglich. Ziel der Kampagne ist und bleibt es, gut darauf vorbereitet zu sein, Widerstand zu leisten, falls das Bombodrom doch legalisiert wird und die militärische Nutzung beginnt.



KAMPAGNE BOMBEN NEIN – WIR GEHEN REIN